Aufhebungsvertrag

Zwischen dem Arbeitnehmer Frau / Herrn [vollständiger Name des Mitarbeiters]

und dem Arbeitgeber [Name des Unternehmers]

wird der folgende Aufhebungsvertrag geschlossen:

§ 1 Frühzeitiges Ende des Beschäftigungsverhältnisses

Zwischen den Vertragsparteien kam es zur Einigung darüber, dass eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus gesundheitlichen Gründen die beste Handlungsoption ist. Das bestehende Beschäftigungsverhältnis, welches seit dem [Datum des Arbeitsbeginns] besteht, endet entsprechend am [Datum des letzten Arbeitstages].

§ 2 Ausstehende Zahlungen

Offene Vergütungsbeträge, die zum Ende des Beschäftigungsverhältnisses bestehen, werden, wie im Arbeitsvertrag vereinbart, ausgezahlt.

§ 3 Übriger Urlaub

Dem Mitarbeiter verbleiben 9 Urlaubstage. Da genug Zeit bis zum Ausscheiden aus dem Unternehmen vorhanden ist, kann er die übrigen Tage ordnungsgemäß in Anspruch nehmen.

§ 4 Vergabe des Arbeitszeugnisses

Der Arbeitgeber fertigt ein wohlwollend formuliertes, qualifiziertes Arbeitszeugnis aus und übermittelt es dem Arbeitnehmer, bevor dieser endgültig aus dem Unternehmen ausscheidet. Dadurch soll das berufliche Weiterkommen des Beschäftigten gefördert werden.

§ 5 Rückgabe der sozialrechtlichen Unterlagen

Alle ausgefüllten Arbeitspapiere, zu denen mitunter die Versicherungskarte, die Lohnsteuerkarte und auch die Schlussabrechnungen zählen, werden dem ausscheidenden Mitarbeiter auf dem Postweg zugeschickt.

§ 6 Rückgabe interner Unterlagen und Arbeitsmittel

Jegliche firmeninterne Dokumente und Arbeitsmittel, die Eigentum des Betriebs sind, muss der Beschäftige bis zum Tag des Ausscheidens im Personalbüro abgeben, insofern er dies nicht bereits getan hat.

§ 7 Abschlussklausel

Beide Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass durch den vorliegenden Aufhebungsvertrag alle arbeitsrechtlichen Aspekte geklärt sind. Wechselseitige Ansprüche, die in Bezug auf das Arbeitsverhältnis vorliegen, sind durch die Erfüllung dieses Vertrags erledigt.

§ 8 Aufklärungspflichten

Der Beschäftigte wurde darüber aufgeklärt, dass ein Aufhebungsvertrag in einigen Fällen zu einer Sperre vom Arbeitslosengeld führen kann. Entsprechend wurde der Mitarbeiter angehalten, seinen Fall rechtzeitig bei der zuständigen Stelle der Agentur für Arbeit vorzustellen. Folglich ist er auch darüber informiert, dass er sich bei voraussichtlicher Arbeitslosigkeit drei Monate vor seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen arbeitssuchend melden muss.

§ 9 Belehrung zur Freiwilligkeit der Unterschrift

Dem Beschäftigten wurde mitgeteilt, dass es erst dann zu einer Auflösung des Arbeitsverhältnisses kommt, wenn alle notwendigen Unterschriften im vorliegenden Aufhebungsvertrag gemacht wurden. Es besteht kein Zwang, den Vertrag zu unterschreiben. Setzt der betroffene Mitarbeiter jedoch seine Unterschrift unter das Dokument, erklärt er, dass er sich überlegt und freiwillig für die Aufhebung entschieden hat. Gleichzeitig drückt die Unterschrift aus, dass der gesamte Auflösungvertrag gelesen und verstanden worden ist.

[Ort und Datum]

[Unterschrift des Arbeitgebers]

[Unterschrift des Arbeitnehmers]